

## **Terms and Conditions**

The Library provides access to digitized documents strictly for noncommercial educational, research and private purposes and makes no warranty with regard to their use for other purposes. Some of our collections are protected by copyright. Publication and/or broadcast in any form (including electronic) requires prior written permission from the Library.

Each copy of any part of this document must contain there Terms and Conditions. With the usage of the library's online system to access or download a digitized document you accept there Terms and Conditions.

Reproductions of material on the web site may not be made for or donated to other repositories, nor may be further reproduced without written permission from the Library

For reproduction requests and permissions, please contact us. If citing materials, please give proper attribution of the source.

### Imprint:

Director: Mag. Renate Plöchl

Deputy director: Mag. Julian Sagmeister

Owner of medium: Oberösterreichische Landesbibliothek

Publisher: Oberösterreichische Landesbibliothek, 4021 Linz, Schillerplatz 2

### Contact:

Email: [landesbibliothek\(at\)ooe.gv.at](mailto:landesbibliothek(at)ooe.gv.at)

Telephone: +43(732) 7720-53100



Berichtes wurde betont, daß die ganze Kraft in den Dienst der Abwehrbewegung gestellt werden mußte. Schon das Wort „Abwehr“ beinhaltet die Mentalität der Regierung. Es sollte, man möchte es wenigstens meinen, nicht notwendig sein, daß die Kriegsoffer sich wehren müssen, um ihre wohl erworbenen Rechte behaupten zu können. Es ist aber in Wirklichkeit so geworden, daß man für die durch den Krieg schwer geschädigten Menschen jedes soziale Empfinden vermissen läßt. Nähere Details hier anzuführen ist nicht notwendig, weil die Kriegsoffer es an eigenen Leibe verspürt haben, wie bitter die Zeiten geworden sind. Der Verbandstag soll es als seine Pflicht erachten, gegen diese menschenwürdige Behandlung Protest zu erheben, um es neuerlich allen Verantwortlichen zum Bewußtsein zu bringen, daß es Pflicht des Staates und der Gesellschaft ist, für die Opfer des Weltkrieges in würdiger Art und Weise zu sorgen.

Als Hauptaufgabe des Organisationsreferates muß betrachtet werden, zu untersuchen, ob die Organisation allen Anforderungen, die an sie gestellt wurden, gerecht werden konnte. War sie das im Stände, so kann füglich gesagt werden, daß der Aufbau und die Struktur des Verbandes als gesund zu bezeichnen sind. War das nicht der Fall, so müssen die Gründe hierfür gesucht und was schuldtragend ist, ausgemerzt und verbessert werden. Es wurde bereits erwähnt, daß der Verband nicht in der Lage war, alle Anschläge abwehren zu können. Damit soll nicht gesagt sein, daß an diesen Rückschlägen in erster Linie die Form der Organisation schuldtragend sei. Maßgebend hierfür ist in erster Linie das System der politischen und wirtschaftlichen Reaktion, die den Einfluß der Organisationen auf allen Gebieten zurückzudrängen versucht. Dermalen sind die Verhältnisse für dieses System als günstig zu bezeichnen. Mit dem Abflauen dieser Verhältnisse werden sich die Dinge wieder wesentlich anders gestalten. Nichtsdestoweniger muß untersucht werden, ob die Organisation in Zeiten, die für ihr Wirken günstiger ist, ihrer Pflicht nachkommen kann. Bei einer solchen Untersuchung muß vor Augen gehalten werden, daß nach 5 Jahren organisatorischer Arbeit die Praxis gezeigt hat, daß das föderalistische System der Organisation viele Nachteile in sich birgt. Diese Organisationsform ist schwerfällig und auch als kostspielig zu bezeichnen. Man kann der Meinung sein, daß es notwendig war, bei der Gründung der Organisation diese Form als die für damals Mögliche zu halten. Heute jedoch, wo sich die Aufgaben wesentlich anders gestaltet haben, die Mitgliederzahl infolge verschiedener Umstände kleiner geworden ist, muß klar ausgesprochen werden, daß es direkt ein Lebensinteresse der Organisation ist, ein anderes System zu finden. Das Organisationsreferat ist der Ansicht, daß eine Zentralisation die derzeit beste Form der Invalidenorganisation wäre. Der Aufbau wäre: Ortsgruppe, eventuell Bezirksgruppen, Landesgruppen mit einem Sekretariat und schließlich als oberste Instanz eine Reichsorganisation, die mit ganz anderen Vollmachten ausgestattet sein müßte, als dies heute der Fall ist. Sicherlich wäre durch diese Form der Organisation ein rascheres und einheitlicheres Arbeiten zu erzielen und auch eine Ersparnis an finanziellen Mitteln herbeizuführen. Es würde auch dazu beitragen, die Invalidenorganisation tatsächlich zu einer Organisation auszubauen und die das Ansehen der Organisation schädigende Art der Aufbringung der Mittel Einhalt gebieten.

Die Frage der Reorganisation drängt gebieterisch zu einer Lösung und es muß eine Hauptaufgabe des

kommenden Verbandesjahres werden, mit allen zweckdienlichen Mitteln auf dieses Ziel hinzuwirken. Es muß ausgesprochen werden was wahr ist, wenn auch das Wort Zentralisation bei manchem Mitgliede als ein rotes Tuch betrachtet wird; denn sicher ist es, daß das derzeitige System unserer Organisation einen Teil der Schuld daran hat, wenn es nicht möglich war, jederzeit die Abwehr so vorbereiten zu können, wie es notwendig gewesen wäre. Die Einheit und Schlagkraft der Organisation leidet unter dieser Form der Zusammenfassung aller Kriegsoffer und es ist notwendig, diese Uebelstände aus der Welt zu schaffen.

Das abgelaufene Verbandesjahr war nicht nur ein Jahr der Enttäuschungen der Kriegsoffer in gesetzgeberischer Hinsicht, sondern auch ein Jahr der finanziellen Krise des Verbandes. Die Arbeiten häuften sich und die Mittel, die notwendig waren, um die Aufgaben bewältigen zu können, waren so minimale, daß es auf die Dauer nicht so weitergehen konnte. Immer dringender tauchte die Frage auf, welche Wege eingeschlagen werden sollten, um diesem Uebelstand zu steuern. Es wurden Ersparungsmaßnahmen getroffen, die jedoch nicht ausreichten, um das Gleichgewicht im Haushalte der Organisation herzustellen. Es wurden Einschränkungen auch auf dem Wege des Abbaues von Personal vorgenommen. Jedoch war alles vergebens, da die Mittel so geringe waren, daß alle erwähnten Maßnahmen nicht hinreichten das Auslangen zu finden.

Keine andere Möglichkeit war mehr vorhanden als die: entweder sich so einzuschränken, daß es für den Bestand des Verbandes eine Gefahr gewesen wäre oder die unbedingt erforderlichen Mittel zur Aufrechterhaltung einer großen Organisation unter allen Umständen aufzubringen zu trachten. Von dem Gedanken ausgehend, daß jede Organisation die zu ihrem Bestehen notwendigen finanziellen Bedürfnisse aus Eigenem aufzubringen habe und auch von der Tatsache ausgehend, daß ein anderer Weg nicht offen steht, mußte der Mitgliedsbeitrag um ein ansehnliches erhöht werden. Der Verbandsvorstand ist sich der Tragweite dieses durch die Bezirksvertrauensmännerkonferenz gefaßten Beschlusses voll bewußt. Bedeutet es doch eine nicht zu unterschätzende Belastung der zum größten Teil in nicht günstigen Verhältnissen lebenden Mitglieder des Verbandes. Doch es galt von zwei Uebeln das kleinere zu wählen und das ist schließlich und endlich eine Beitragserhöhung in einem vielfach größeren Ausmaße, als wie es die Zertrümmerung der Organisation wäre. Und eine fast vollkommen leistungsunfähige Organisation wäre der Verband unzweifelhaft geworden, wenn die Mittel nicht zu beschaffen gewesen wären. Trotzdem ist es noch nicht soweit, daß durch den Mitgliedsbeitrag sämtliche Ausgaben gedeckt werden könnten und müssen auch andere Möglichkeiten gesucht werden.

Wir geben der Hoffnung Ausdruck, daß alle Mitglieder und insbesondere die Funktionäre und Vertrauensmänner die Berechtigung der Erhöhung des Mitgliedsbeitrages anerkennen und sich bei der Kritik dieses Beschlusses rein vom sachlichen Standpunkte leiten lassen.

Das verflossene Verbandesjahr war das erste, in welchem der Verkehr direkt mit den Ortsgruppen stattgefunden hat, da gemäß dem Antrage des vorjährigen Verbandstages die Kreissekretariate aufgelassen wurden. Es hat sich gezeigt, daß die Auflassung der erwähnten Sekretariate den Interessen der Mitgliedschaft keinen Abbruch tun konnte. Durch den direkten Verkehr mit den Ortsgruppen wurde die Fühlungnahme mit denselben eine ungleich größere und